► Bundesgerichtshof

BGH verstärkt Erblasserrechte in Bezug auf den Ausschluss des Verwaltungsrechts

| Der Erblasser E setzte sein minderjähriges Kind zum Erben ein und bestimmte, dass die Mutter von der Verwaltung sämtlicher Vermögensgegenstände ausgeschlossen wird. Nach dem Tod des E schlug die Mutter das Erbe für ihren minderjährigen Sohn aus. Der BGH hatte sich nun mit der Frage beschäftigt, ob diese Ausschlagung wirksam war oder ob hierfür ein Ergänzungspfleger bestellt werden musste (BGH 29.6.16, XII ZB 300/15, Abruf-Nr. 187740). |

Bisher ging die herrschende Meinung davon aus, dass die Ausschlagung der Erbschaft von der Beschränkung der Vermögenssorge in § 1638 Abs. 1 BGB nicht erfasst wird (Palandt, BGB, § 1638 Rn. 2). Der BGH hat nun aber entschieden, dass den Eltern im Fall des Ausschlusses der Vermögenssorge gemäß § 1638 Abs. 1 BGB auch die gesetzliche Vertretung des Kindes bei der Ausschlagung der Erbschaft verwehrt ist.

Diese Entscheidung ist zu begrüßen. In der Regel schließt der Erblasser die Eltern dann von der Vermögensverwaltung des Erbvermögens aus, wenn er befürchten muss, dass sie das dem Kind zustehende Vermögen an sich ziehen und verschleudern könnten. Konsequenterweise muss auch das Ausschlagungsrecht von diesem Ausschluss umfasst sein. Denn andernfalls könnten die Eltern die Ausschlagung erklären, sodann den Pflichtteil geltend machen und über dieses Vermögen kraft ihrer Vermögenssorge verfügen.

► Oberlandesgericht Karlsruhe

Umstritten: Geschäftswert eines Erbscheinbeschwerdeverfahrens

| In einem Erbscheinverfahren beanspruchte die Tochter T des Erblassers einen Erbanteil zu ein Halb, das Nachlassgericht billigte ihr im Erbschein lediglich ein Erbteil von ein Viertel zu. Das Beschwerdegericht setzte den Geschäftswert im Beschwerdeverfahren nach dem Wert des Erbscheins an. Die T ist der Auffassung, für das Beschwerdeverfahren sei allein auf ihr wirtschaftliches Interesse abzustellen, Geschäftswert könne demnach allenfalls ein Viertel sein. Daneben seien Pflichtteilsansprüche in Abzug zu bringen. |

Das OLG Karlsruhe hat in seinem Beschluss vom 16.6.16 (11 Wx 103/15, Abruf-Nr. 186994) entschieden, dass sich der Geschäftswert nicht nach dem wirtschaftlichen Interesse des Beschwerdeführers bestimmt, sondern nach dem Wert des Erbscheins, gegen dessen Erteilung sich die Beschwerde richtet. Je nach OLG-Zugehörigkeit ist der Geschäftswert eines Erbscheinbeschwerdeverfahrens unterschiedlich: Während sich das OLG Hamm, das OLG Düsseldorf und das OLG Dresden dafür ausgesprochen haben, dass sich der Geschäftswert am wirtschaftlichen Interesse des Beschwerdeführers auszurichten habe, vertreten das OLG Karlsruhe sowie das OLG Schleswig die Auffassung, maßgebend sei der Wert des Erbscheins. Ein etwaiges Pflichtteilsrecht mindert hingegen den Geschäftswert unstreitig nicht. Nach § 40 Abs. 1 S. 2 GNotKG sind bei der Geschäftswertbemessung im Erbscheinverfahren allein die vom Erblasser herrührenden Verbindlichkeiten abzuziehen.

Das Blatt
wendet sich

Auch Ausschlagung
fällt unter
§ 1638 Abs. 1 BGB

Anderes OLG,
andere Sitten